

Briefetal-Bote

Der Briefetal-Bote erscheint
Freitag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Abonnementpreis beträgt monat-
lich 1,20 RM. Einmalige Bestell-
ung die klassische Nummer
kostet 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhof-Allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neuangelegte
Pettizelle kostet 25 Pfennig,
die Reflektanz 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehmitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Gesamtbrecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

31 | Heftnummer Amt Birkenwerder 2005 | Donnerstag, den 23. Februar 1933 | Reichsdruckerei Berlin 62 448 | 32. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder. Ein Geldbetrag als gefunden gemeldet.

Die Reinigung der Schwarze findet in Borgsdorf in
Zeit vom 23. bis zum 28. Februar statt.
Birkenwerder, den 22. Februar 1933.
Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde. Blank.

Amt Reichswahlvorschläge

Sozialistische Kampfgemeinschaft zurückgewiesen
In der Sitzung des Reichswahl Ausschusses wurden von
neun eingereichten Reichswahlvorschlägen acht ge-
müßigt.

Die Zustimmungserklärungen der Bewerber, die ge-
meinschaftlichen Wahlberechtigung und die er-
forderliche Zahl der Unterschriften lagen bei ihnen vor und
waren rechtzeitig, d. h. bis zum 20. Februar, 24 Uhr, ein-
gereicht worden. Von den einzelnen Bewerbern wurde
lediglich der Studienassessor Plume vom Reichswahlvor-
schlag der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot getrieben, da dieser
Zustimmungserklärung fehlte.

- Es handelt sich um die Reichswahlvorschläge:
- 1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
 - 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
 - 3. Kommunistische Partei Deutschlands,
 - 4. Deutsche Zentrums Partei,
 - 5. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot,
 - 6. Bayerische Volkspartei,
 - 7. Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung), Deutsche Bauernpartei, Deutsch-hannoversche Partei,
 - 8. Württembergischer Bauern- und Winzlerbund.

Die Frage, ob der Reichswahlvorschlag der Sozialisti-
schen Kampfgemeinschaft im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau
angenommen werden sollte, veranlaßte eine Diskussion. Durch
Abstimmung wurde schließlich die Zulassung dieses Reichs-
wahlvorschlages vom Reichswahl Ausschuss mit Mehr-
heit abgelehnt, da die erforderlichen 20 Unterschriften
nicht rechtzeitig beigebracht worden waren.

Sieben Vorschläge in Breußen Formeller Protest der SPD.

Gemäß § 23 des Landeswahlgesetzes zur Prüfung und
Annahme der Landeswahlvorschläge fand eine öffentliche
Sitzung des preußischen Landeswahlausschusses statt, auf der
sieben Vorschläge angenommen wurden:

- 1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitler-Bewegung),
- 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- 3. Kommunistische Partei Deutschlands,
- 4. Preussische Zentrums Partei,
- 5. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot,
- 6. Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung), Deutsch-hannoversche Partei,
- 7. —
- 8. Nationale Minderheiten in Deutschland.

Für die Vorschläge „Kampfgemeinschaft der Ar-
beiter und Bauern“ und „Sozialistische Kampf-Gemein-
schaft“ waren die erforderlichen Unterschriften nicht recht-
zeitig beigebracht worden, so daß diese Vorschläge vom Aus-
schuss abgelehnt wurden. Gleich nach der Eröffnung der
Sitzung gab der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei
Breußens, Dr. Hamburger, eine Erklärung ab, in der er
erklärte, daß sich die Partei wohl an den Ausschüssen
teilnehmen werde, daß diese Mitarbeiter aber den Standpunkt der
SPD unberührt lasse, der dahin gehe, daß die Auflösung
des Landtags der Reichs- und preußischen Verfassung und
den Urteilen des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932
entspreche. Die Sozialdemokratie lehne die Entscheidung
des Staatsgerichtshofes entgegen.

Regelung der Stimmzettel

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat der preu-
ßische Minister des Innern im Hinblick auf den gleichen
Entscheidungen für die Reichstags- und die preußischen Landtags-
wahlen einen Erlass herausgegeben, wonach die Gemeinden
zuständig sind.

nur einen Stimmzettel für beide Wahlkreise
ausstellen. Es handelt sich dabei, wie ausdrücklich ein-
geklart wurde, um die Mitteilung, daß zwei Stimmzettel not-
wendig sind, hervorzuheben wird, um eine Kenn-Zeichnung,
die aber schon eine ganze Reihe von Gemeinden, na-
mentlich größeren, Gebrauch gemacht haben. Technisch stellt
sich die Angelegenheit so dar, daß der Wahlzettel am Kopf
eine Aufschrift trägt: „Wahlzettel für die Reichstagswahlen und
den einen Strich unter diesem Wort „Reichstagswahlen“.

Erklärungen auf unsere Zeitung nehmen die Brief-
träger wie auch das nächste Postamt entgegen.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Halbierung der Krankeneinlegegebühr. — Weitere
Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 22. Februar.

Das Reichskabinetts beschloß sich nochmals eingehend
mit der Krankeneinlegegebühr in der Krankenversicherung.
Es wurde einstimmig beschlossen, den Krankenschein voll-
ständig zu befreien. Bei der Aufrechterhaltung der augen-
blicklichen Wirtschaft und Verwaltung der Krankenkassen
kann nur eine Ermäßigung der Gebühr um 25 Pfennig ein-
treten.

Um die völlige Beseitigung der Krankeneinlegegebühr zu
erreichen, ist eine gründliche Reorganisation des ge-
samten Krankenkassenwesens notwendig, wobei insbesondere
eine wesentliche Ermäßigung der Verwaltungskosten ein-
treten muß. Es soll aber auch das ganze Finanzwesen der
Krankenkassen geprüft werden. Hierzu ist eine wesentliche
Ausdehnung der Aufsicht über die Krankenversicherung not-
wendig. Das Reichskabinetts wird hierfür alsbald die ge-
legentlich erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Ferner beschloß das Reichskabinetts die Bereitstellung
von 30 Millionen RM für die Gewährung von Zuschüssen
an mittelständische Kreditinstitute und die Weiterzahlung
von Beihilfen für den Metallergbau.

Das Reichskabinetts genehmigte den Haushalt für den
Reichskommissar für die Luftfahrt und beschloß die Ein-
setzung eines Reichskommissars für den gewerblichen Mit-
telstand beim Reichswirtschaftsministerium.

Schließlich befaßte sich das Reichskabinetts mit der Prü-
fung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, sowie
mit den Bezügen der leitenden Angestellten von subventio-
nierten Unternehmen.

Als Reichskommissar für den gewerblichen Mittelstand
wird das Reichskabinetts dem Reichspräsidenten die Ernennung
des Sanitätsrats W i e n e r auf der Handwerksammer
in Hannover vorschlagen.

Ferner wird das Reichskabinetts dem Reichspräsidenten
die Ernennung des Ministerialdirektors Krohn zum Staats-
sekretär des Reichsarbeitsministeriums vorschlagen.

Weitere Agrarhilfsmaßnahmen

Bei der Fülle des Arbeitsstoffes hat sich die Reichs-
regierung noch nicht mit der Ausdehnung der Instand-
setzungszuschüsse beschaffen können. Es ist aber anzuneh-
men, daß die Bemühungen der Reichsregierung auch hier
in den nächsten Tagen vorwärtstreiben, und zwar handelt
es sich dabei darum, daß die Zuschüsse auch auf land-
wirtschaftliche Betriebe ausgedehnt werden.
Wenn dafür 20 Millionen RM zur Verfügung gestellt wer-
den, so würde das, da 80 Prozent der Reparaturkosten von
den Eigentümern zu tragen sind,

eine weitere Arbeitsbeschaffung für 100 Millionen RM
bedeuten. Dazu kommt dann noch der Nutzen, den auch die
Landwirtschaft aus der Ausbesserung und Verbesserung
ihrer Betriebe hat. Für sie ist demnach noch mit einer
weiteren Hilfe zu rechnen. Es ist nämlich der

Verwendungsanspruch für Inlandkäse, d. h. Weißkäse
oder Quark, zur Herstellung von Schmelzkäse vorge-
sehen,

worunter man die Weichkäsearten versteht, die nur kurze
Zeit zum Reifwerden brauchen.

Sonstige Erleichterungen

Schließlich muß in dieser Aufzählung der nächsten
Maßnahmen, die Erleichterung, Arbeit und Brot schaffen
sollen, noch auf die beabsichtigte

Senkung der Kraftfahrzeugsteuer um rund 40 Prozent
und auf den Plan hingewiesen werden, die Stadtbrand-
sicherung energisch vorwärts zu bringen,

die vielen städtischen Arbeitern wieder eine Existenzgrund-
lage bieten soll. Für die Stadtbrandversicherung werden dem-
nächst weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Wenn das
Reichskabinetts sich am heutigen Mittwoch mit der finanziel-
len Lage befaßt, so soll mit diesen Beratungen offenbar
der Unterbau für die praktische Durchführungsmöglichkeit
der geplanten Hilfsmaßnahmen geschaffen werden. Neben-
falls zeigen die gegenwärtigen Maßnahmen des Reichstabi-
netts, daß die Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Teile
der Bevölkerung trotz des Wahlkampfes entschieden in An-
griff genommen und vorangebracht werden.

Neuer bayerischer Gesandter

München, 22. Februar.

Der seit dem 1. Dezember 1932 vertretungsweise mit
der Führung der Geschäfte der bayerischen Gesandtschaft in
Berlin beauftragte Ministerialdirektor Franz Sperr wurde
zum bayerischen Gesandten in Berlin ernannt und zum
Stimmführenden Stellvertreter der bayerischen Regierung im
Reichstag bestellt.

Die deutsche Revolution

Papen über die Erhebung der Persönlichkeit

Berlin, 22. Februar.

Im Auditorium Maximum der Friedrich-Wilhelm-Uni-
versität Berlin veranstaltete die nationale Studentenenschaft
aus Anlaß der Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß
(Alta) eine Kundgebung, auf der Vizetanzler von Pa-
pen über die Eingliederung der akademischen Jugend in die
Wirtschaft und den Staat nationaler Prägung sprach.

Vizetanzler von Papen

führte in seiner Rede u. a. aus: Der akademische Boden
verpflichtet den Redner, seine Ausführungen aus den Nieder-
ungen der politischen Historiologie herauszuheben, und die
Hörer auf die allzu gefühlsbetonte Einstellung dieser Tage
zu verzichten. Wir müssen zur platonischen Auffassung von
der Politik zurückkehren. In der Neuzeit hat sich der Mensch
allzu sehr dem diesseitigen Leben zugewendet, und das kom-
munistische Manifest bildet die Vollendung dieses großen
Säkularisations-Prozesses.

Die wahre Revolution des 20. Jahrhunderts ist nicht
der Bolschewismus, sondern die Erhebung der heroischen,
gotterwählten Persönlichkeit gegen Mechanisierung und
Kollektifizierung. Daß der Marxismus heute verschwinden
muß, ist nur die Quittung für seine geschichtliche Schuld.
Allerdings dürfen wir nicht die Mitteln des Bürgerkriegs
übersehen, das liberale Unternehmertum hat die Entwid-
lung mit vorbereitet.

Eine wahre Sozialpolitik hätte der Proletarisierung ent-
gegenwirken müssen. Der Staat kann nicht die Verantwortung
für das Lebensrisiko des einzelnen tragen, wo der ein-
zelne zu schwach war, hätte die gesellschaftliche Selbsthilfe
gestärkt werden müssen. Statt dessen hat man das deutsche
Volk zu einem Rennerpöbel gemacht.

Die drei Gruppen, die die nationale Regierung gebildet
haben, Nationalsozialisten, Deutschnationale und die Chris-
tlich-konservativen Kräfte, machen sich nicht an, allein na-
tional zu sein oder allein das deutsche Volk zu sein. Wenn
Teile der kommunistischen Massen den Willen zeigen, Teil des
Volkes zu werden, so müssen wir das unterlassen. Wenn
aber kommunistische Führer ausländische politische Systeme
und Methoden nach Deutschland bringen wollen, so müssen
wir das rücksichtslos unterdrücken. Die Zeit des Denkens in
den Vorstellungen der französischen Revolution ist vorüber.
Es geht um andere Vorkriegs- und Grundsteinlegung
des neuen Reiches. Das ist der Kern der deutschen Revo-
lution. Wir müssen das demokratische mit dem aristokrati-
schen Prinzip vereinigen. Wenn wir aber den Parteien-
staat beseitigen wollen, müssen wir zuerst das eigene Partei-
buch fortwerfen.

Wir müssen die drei Heerführer der nationalen Bewe-
gung verschmelzen, müssen dem Staat alle geistig freien Men-
schen dienstbar machen. Und zu geistig freien Menschen soll
die Hochschule besonders die akademische Jugend machen.
Langemarck ist ein Symbol und ein Vermächtnis für Sie,
meine jungen Freunde. Es bedeutet, immer der Letzte zu
sein, wenn es um eigene Rechte geht, aber immer der Erste,
wenn es um die Pflichten gegenüber der Heimat geht.

Unter stürmischem Beifall schloß Vizetanzler von Papen
mit den Worten, die Fische eint den Berliner Studenten zu-
riek, als unter den Fenstern der Universität französische
Trommeln erklangen:

„Das neue Deutschland braucht Sie und Ihren ganzem
ungeparteiischen Glauben an die deutsche Zukunft.“

Neuntürmiger Unglück aufgelöst

Der Schneidebrenner am Umgehungsrohr

Saarbrücken, 22. Februar. Das Gewerbeaufsichtsamt
Saarbrücken veröffentlicht einen neuen Bericht über die
bei der Untersuchung der Explosionskatastrophe gemachten
Feststellungen. Der Explosion des großen Gasbehälters ist
wie bekannt, eine kleinere Explosion in dem Umgehungsrohr
des Gasometers vorausgegangen. Es ist bereits früher fest-
gestellt worden, daß an diesem Umgehungsrohr kurz vor der
Explosion noch gearbeitet worden ist. Man nahm aber an,
daß nur mit Hämmern, also auf kaltem Weg, gearbeitet wor-
den sei. Nunmehr wurde ermittelt, daß mit größter Wahr-
scheinlichkeit unmittelbar vor der Explosion Arbeiten mit dem
Schneidebrenner an dem Umgehungsrohr vorgenommen
wurden. Da das Umgehungsrohr gasdicht gemacht worden
war und eine Undichtigkeit dieses Rohres gegen das mit
Gas gefüllte Nachrohr von der Arbeiter nicht bemerkt
worden war, hielt man diese Arbeiten für ungefährlich.

Zanagara auf Lebenszeit im Zuchthaus

Miami (Florida), 21. Februar.

Giuseppe Zanagara, der den Anschlag auf den neu ge-
wählten Präsidenten Roosevelt verübt hat, ist zu einer
Zuchthausstrafe in Höhe von 80 Jahren verurteilt worden.
Dieses Urteil schließt noch nicht die Anklagen wegen des
Anschlages auf Bürgermeister Cermat und Frau Gill ein.